

INTERGLOBAL

BRASILILIEN

Das Kabinett des Hasses

Thilo F. Papacek

Während sich Brasilien zu einem Schwerpunkt der Covid-19-Pandemie entwickelt, gerät Präsident Bolsonaro ins Visier der Justiz. Eine Gruppe um seinen Sohn soll unter anderem illegale Wahlkampffinanzierung und die Verleumdung der Opposition organisiert haben.

„Chloroquina, Chloroquina von der Sus - ich weiß, dass du mich heilst, im Namen von Jesus!“ Ein Video zeigt Menschen, die zu den Klängen eines Akkordeons singen und in den Farben des brasilianischen Fußballnationalteams gekleidet sind. Das Lied wird immer wieder auf Demonstrationen angestimmt, die den rechts-extremen Präsidenten Jair M. Bolsonaro unterstützen.

Der Text bezieht sich auf Hydroxychloroquin, das das öffentliche Gesundheitssystem „Sistema Único de Saúde“ (SUS) auf Geheiß des Präsidenten als Mittel gegen Covid-19 ausgibt. Tatsächlich wird weltweit die therapeutische Wirkung von Hydroxychloroquin und Chloroquin gegen Covid-19 erforscht. Allerdings hat das unter anderem zur Vorbeugung und Behandlung von Malaria verwendete Medikament starke Nebenwirkungen, mehrere Forschungsreihen wurden abgebrochen, nachdem es zu Todesfällen gekommen war. Dennoch besteht Bolsonaro darauf, dass das Gesundheitsministerium den Wirkstoff empfiehlt. Ach aus diesem Grund sind in weniger als einem Monat zwei Gesundheitsminister zurückgetreten.

Das interessiert die Demonstranten wenig. Sie gehören zu jenen etwa 30 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung, die fest zum Präsidenten halten. Viele dieser fanatisierten „Bolsominions“, wie sie von der Opposition genannt werden, gehören evangelikalen Kirchen an. Wunderglaube und Skepsis gegen die anerkannten Wissenschaften sind in diesem Milieu weit verbreitet.

Bolsonaro spielt die Pandemie weiterhin herunter. Die meisten Gouverneure der Bundesstaaten und Bürgermeister haben Ausgangsbeschränkungen erlassen, doch er fordert,

diese aufzuheben. Schlimmer als die Pandemie sei die zu erwartende Wirtschaftskrise, so der Präsident. Ende vergangener Woche drohte er zudem, die Weltgesundheitsorganisation WHO zu verlassen, der er vorwarf eine „parteiliche politische Organisation“ zu sein. Die Zahlung von Geldern an die WHO hat das Land nach Informationen der brasilianischen Zeitung „Folha de S. Paulo“ ohnehin bereits 2019 gestoppt.

Gleichzeitig entwickelt sich das Land zum Schwerpunkt der Pandemie. In Brasilien gab es bei Redaktionsschluss dieser Seite über 740.000 bestätigte Fälle von Covid-19, über 38.000 Menschen sind daran gestorben. Nach den USA und dem Vereinigten Königreich liegt Brasilien bei den Todesfällen auf Platz drei. Allerdings wird dort sehr viel weniger getestet als in vielen anderen Staaten, wissenschaftliche Studien legen nahe, dass die Zahl der Infizierten mindestens siebenmal höher liegt als offiziell angegeben. Zwischenzeitlich hatte die Bundesregierung nur noch die in den jeweils vergangenen 24 Stunden neu registrierten Fälle bekannt gegeben. Am Dienstag gab das Oberste Gericht des Landes jedoch einem Antrag der Kommunistischen Partei von Brasilien (PCdoB) statt und verpflichtete das Ministerium, wieder wie bislang auch die Gesamtzahl von Infizierten und Toten in Verbindung mit Covid-19 zu berichten.

Bolsonaros Anhänger lassen sich davon ohnehin nicht beeindrucken. Für sie sind alle Zeitungen, Fernsehsender und Politiker, die nicht auf ihrer Seite stehen, Teil einer großen „kommunistischen“ Verschwörung, die ihrem geliebten Führer schaden soll. Ihre Interpretation der Realität entnehmen sie vor allem regierungsnahen Tweets, Blogs und WhatsApp-Gruppen.

Wegen dieser parallelen Nachrichtenstruktur hat der Oberste Richter Alexandre de Moraes Ende Mai Ermittlungen des Obersten Gerichts eingeleitet. Diese richten sich gegen eine Gruppe von Geschäftsleuten, Bloggern und Politikern unter Führung des Präsidentensohns und Abgeordneten

Eduardo Bolsonaro, die Falschmeldungen und Propaganda auf verschiedenen Kanälen der sozialen Medien verbreiten. Die traditionellen Medien des Landes sprechen von der Gruppe als „Kabinett des Hasses“. Selbst rechte Medienkonzerne wie „Rede Globo“ stehen der Regierung Bolsonaros mittlerweile kritisch gegenüber.

Auf Anweisung Moraes' beschlagnahmte die Bundespolizei bei 29 Personen Computer und Daten. Außerdem ordnete er an, das Bankgeheimnis für deren Konten aufzuheben, um Geldströme nachverfolgen zu können. Das „Kabinett des Hasses“ bezeichnete er gar als „kriminelle Vereinigung“. Die Vorwürfe gegen die Gruppe lauten unter anderem auf illegale Wahlkampffinanzierung, Verleumdung und Verstoß gegen das Wahlgesetz. Insbesondere während des Wahlkampfs Ende 2018 soll die Gruppe für einen Großteil der Falschmeldungen und Verleumdungen der Arbeiterpartei (PT) verantwortlich gewesen sein, die in den sozialen Medien kursierten.

Selbst rechte Medienkonzerne wie „Rede Globo“ stehen der Regierung Bolsonaros mittlerweile kritisch gegenüber.

Die Opposition kritisiert die koordinierte Verbreitung von Fake News seit langem, doch erst jetzt geht auch die Justiz gegen Bolsonaro vor. Dabei stützt sie sich auch auf Zeugenaussagen von ehemaligen Verbündeten Bolsonaros, die früher dem „Kabinett des Hasses“ angehörten, wie etwa des Abgeordneten Alexandre Frota.

Insbesondere die Vorwürfe wegen illegaler Wahlkampffinanzierung und Verbreitung von Falschmeldungen im Präsidentschaftswahlkampf sind brisant. Gemäß dem brasilianischen Wahlgesetz könnte der Oberste Wahlgerichtshof wegen dieser Tatbestände Bolsonaro und seinem Vizepräsidenten nachträglich die Mandate entzie-

hen. Damit wäre die gesamte Regierung illegal, bis zur Abhaltung von Neuwahlen würde der Präsident der Abgeordnetenkammer des Nationalkongresses, Rodrigo Maia, ins Präsidentenamt aufrücken.

Zudem wird Bolsonaro Amtsmissbrauch vorgeworfen. Im April war der Justizminister Sérgio Moro im Streit mit dem Präsidenten zurückgetreten. Moro wirft dem Präsidenten vor, Einfluss auf die Bundespolizei genommen zu haben, um das „Kabinett des Hasses“ vor Ermittlungen zu schützen. Bolsonaro wollte den Generaldirektor der Polizeibehörde gegen einen Freund seines Sohnes austauschen. Um seine Beschuldigungen zu belegen, präsentierte Moro die Videoaufnahme einer vertraulichen Kabinettsitzung der Regierung, die auf Geheiß des Obersten Gerichts auch veröffentlicht wurde. Darin ist unter anderem zu sehen, wie Bolsonaro in Gossensprache gegen die anderen Gewalten des Staats wettert und sagt, er wolle nicht zulassen, dass die Justiz seine Familie „fickt“. Viele Brasilianer waren entsetzt - während das Land eine existentielle Krise durchlebt, scheint es, als hätte Brasilien keine Regierung, sondern ein Schmierensemble.

Der Austritt Moros aus der Regierung war ein schwerer Schlag für Bolsonaro. Die Aufnahme des ehemaligen Bundesrichters in sein Schattenkabinett war von enormer Bedeutung für seinen Wahlsieg. Moro gilt vielen konservativen Brasilianern als Held, da er die Korruptionsuntersuchungen im Fall Lava Jato geführt und den ehemaligen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva (PT) hinter Gitter gebracht hatte (woxx 1437). Er galt ihnen als Garant dafür, dass eine Regierung Bolsonaros weniger korrupt sein würde, sein Ausscheiden ist einer der Gründe dafür, dass die Zustimmung zur Regierung zurückgegangen ist.

Doch für eine Klage gegen den Präsidenten sieht die Verfassung hohe Hürden vor. Einer Verfahrenseröffnung müssen zwei Drittel der Abgeordnetenkammer zustimmen - das sind ebenso viele wie für eine Amtsenthebung benötigt werden. Der Präsident wäre dann für zunächst 180

Rund dreißig Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung stehen scheinbar unerschütterlich hinter Bolsonaro: Anhänger des brasilianischen Präsidenten präsentieren Mitte Mai in Brasília einen Sarg, der dem im April zurückgetretenen ehemaligen Justizminister Sérgio Moro gewidmet ist. Moro hatte Bolsonaro die Einflussnahme auf Ermittlungsverfahren vorgeworfen.



FOTO: EPA-EFE/JOEDSON ALVES

Tage vom Amt suspendiert. Um dies zu verhindern, greift Bolsonaro auf die Techniken der „alten“ Politik zurück: Mit Versprechungen von Posten und Zugeständnissen bringt er einzelne Abgeordnete des sogenannten Centrão (Zentrum), der alten konservativen Garde im Parlament, auf seine Seite. Im Wahlkampf hatte Bolsonaro noch genau dieses Vorgehen bei anderen Regierungen scharf verurteilt und versprochen, anders zu handeln.

So stehen die Chancen der Opposition schlecht, im Parlament etwas gegen Bolsonaro auszurichten. Zwar formiert sich derzeit eine neue Demokratiebewegung. So haben rund 200.000 Menschen ein Manifest für die Demokratie unterzeichnet und in São Paulo fanden gemeinsame Demonstrationen von Fußballfans rivalisierender Vereine gegen die Regierung statt. Dennoch ist fraglich, ob diese Initiativen erfolgreich sein werden. Die Hoffnungen der Opposition ruhen derzeit vor allem auf der Justiz.

Um seine Regierung vor ihr zu schützen, hat Bolsonaro nun sogar öffentlich eine „partielle militärische Intervention“ gegen die Justiz erwogen. Artikel 142 der Verfassung sieht vor, dass das Militär zur Verteidigung

einzelner Verfassungsorgane herangezogen werden kann, doch Rechtsexperten sehen in der Aussage des Präsidenten einen Aufruf zum Verfassungsbruch. Dessen Sohn Eduardo Bolsonaro sagte jüngst in einem Video, es sei nur eine Frage der Zeit, wann es zu einem tieferen Bruch und Konflikt komme.

Die Wählerbasis seines Vaters mag schrumpfen, aber sie ist enorm radikalisiert und zu einem großen Teil

bewaffnet. Insbesondere in der Polizei und den mittleren Rängen des Militärs finden sich zahlreiche „Bolsominions“. Die ehemalige Feministin und rechtsextreme Aktivistin Sara Winter hat bereits die Gruppe „300 von Brasilien“ gegründet – benannt nach den legendären 300 Spartanern der Schlacht bei den Thermopylen –, die im Zweifel auch mit Gewalt die Regierung stützen soll. Während sich die Pandemie verschärft und die größte ökonomische

Krise des Landes seit Jahrzehnten sich durch Covid-19 weiter zuspitzt, droht dem Land auch noch ein gewaltsam ausgetragener Verfassungskonflikt. Und die Fans von Jair Bolsonaro singen dazu „Chloroquina“.

Thilo F. Papacek ist Projektkoordinator beim Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie und arbeitet als freier Journalist.



Die woxx von morgen #3: Zugängliche Gegenöffentlichkeit

Seit ihrer Entstehung versteht sich die woxx als linkes, emanzipatorisches Projekt. Thematisch lassen sich dabei zwei Ausrichtungen feststellen: Einerseits die Analyse politischer, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklungen, die strukturelle Unterdrückung begünstigen und demokratischen Werten entgegenstehen, andererseits die Fokussierung auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen. Entsprechende Texte sind nicht immer leicht zu verdauen, anecken ist Programm. Unsere Leser*innenschaft besteht deshalb vor allem aus Menschen, die sich in den restlichen Luxemburger Zeitungen nicht wiederfinden.

Gleichzeitig ist die woxx um einen möglichst demokratischen Informationszugang bemüht: Das Gratisangebot all unserer Texte, mehrsprachige Inhalte, gestaffelte Abopreise, Social-Media-Präsenz und die Ergänzung der Artikel durch einen Podcast, sind nur einige der zu diesem Zweck gewählten Methoden. Als kleines, unabhängiges Projekt kann unser Beitrag zu einer zugänglichen Gegenöffentlichkeit aber immer nur so vielfältig und umfassend sein, wie unsere begrenzten finanziellen Mittel es erlauben. Lesen Sie hier, wie Sie uns unterstützen können: woxx.lu/support